



Rotkehlchen

Stadtteilzeitung für Eendenich und Weststadt

April 1988

Eine Chance für die Bürger

Partner Bonn und Potsdam

Die Partnerschaft zwischen Bonn und Potsdam ist noch nicht ganz unter Dach und Fach, gibt's schon die ersten Probleme. Verursachte hat sie Bonns OB Daniels. "Wie ein Elefant im Porzellanladen" habe sich Daniels benommen, so Horst Ehmke. Dabei hatte alles so hoffnungsvoll begonnen. Dieter Witte berichtet über die Unterzeichnung des Abkommens in Potsdam und fordert dazu auf, es mit Leben zu erfüllen.

Mit äußerster Zuverlässigkeit und erlesener Gastfreundschaft wurde die Bonner Delegation von den Gastgebern in Potsdam empfangen und betreut.

Ein interessantes Programm hat den Bonnern tiefe Eindrücke von der bedeutenden Rolle Potsdams in der deutschen Geschichte gegeben.

Ehrlich war das Bemühen der Gastgeber, vor allem des Oberbürgermeisters Seidel wie auch seines ersten Stellvertreters Professor Gramann, eine angenehme Atmosphäre zu schaffen und die Partnerschaft Bonn / Potsdam trotz aller politischen Schwierigkeiten und Belastungen von Anfang an zu einem Erfolg zu führen.



Schloß Sanssouci in Potsdam: die meisten kennen es nur aus Büchern. Durch die Städtepartnerschaft haben demnächst viele Bonner die Möglichkeit, dies alles persönlich kennenzulernen.

Das mit großem Aufwand wiederhergestellte Schloß Sanssouci, der Marstall, die herrlichen Parkanlagen sowie einige wiederhergestellte Straßenzüge in der Altstadt, ließen die einstige Pracht der preußischen Residenzstadt erkennen.

Die zahlreichen offiziellen und inoffiziellen Begegnungen gaben ausreichend Gelegenheit zu offenen Gesprächen über alle - auch strittige - Themen. Dabei kam die Erörterung der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Verhaftungen von Kritikern der



Übrigens:

Seine Reise hatte vor einigen Wochen für heftige Diskussionen und internationale Proteste gesorgt. Die Rede ist von der Reise des CSU-Vorsitzenden Strauß zu seinen Freunden an das Kap der Guten Hoffnung.

Sie sei mit dem Bundeskanzler abgestimmt gewesen, weist Strauß alle Kritiker zurecht, die ihm unterstellen, er sabotiere die Südafrikapolitik des Außenministers.

Ob das wahr ist, läßt sich kaum feststellen. Sollte es stimmen, so hat Strauß die Bundesrepublik Deutschland mit dieser Reise wieder einmal international in Verruf gebracht.

Bedeutet eine solche Visite bei dem Rassistenregime allein schon eine Aufwertung für die immer mehr in die Isolation geratene Burenrepublik, so trat Strauß diesmal entgegen seinen Behauptungen ganz offen für die Apartheidpolitik ein.

Bei einem Besuch des Homelands Bophuthatswana forderte Strauß die internationale Anerkennung dieses von Südafrika geschaffenen künstlichen Gebildes. Gerade aber die Homelands sind die Säulen der Rassenpolitik der Weißen am Kap. In ihnen sollen die Schwarzen zusammengepfercht werden, die damit durch staatsrechtliche Eigenständigkeit zu Ausländern im eigenen Land werden.

Diese Politik wird nun von Strauß unterstützt.

Und noch in einem weiteren Punkt ergriff der CSU-Vorsitzende Partei für das Rassistenregime. Südafrika hält seit Jahren völkerrechtswidrig Namibia besetzt. Die UNO hat immer wieder die Unabhängigkeit dieses Landes gefordert. Nun besucht Strauß zusammen mit dem Außenminister der Besatzungsmacht das Land. Deutlicher kann man nicht zeigen, auf wessen Seite man sich befindet.

In Strauß sehen die Rassisten am Kap einen ihrer letzten Freunde. Und was sagt unser Bundeskanzler dazu? Er schweigt!

DDR nicht zu kurz. Insofern bietet die Städtepartnerschaft eine neue Chance, derartige Fragen künftig direkt anzusprechen.

Ein Höhepunkt des des Aufenthaltes in Potsdam war die feierliche Vertragsunterzeichnung im Neuen Palais des Schlosses Sanssouci.

In Gegenwart der über 200 Mitglieder zählenden Stadtverordnetenversammlung von Potsdam und der Bonner Delegation unterzeichneten die beiden Bürgermeister die Urkunde über die Städtepartnerschaft.



Dieter Witte,
Potsdams Oberbürgermeister
Wilfried Seidel

Ein festliches Konzert und ein anschließender Empfang beendeten diesen historischen Tag für die Städte Bonn und Potsdam.

Die Bonner Sozialdemokraten erfüllt es mit Genugtuung, daß ihr Antrag zur Begründung dieser neuen Städtepartnerschaft sowohl in Bonn wie auch in Potsdam auf breite Resonanz und Zustimmung gestoßen ist, wie wir vor Ort im Gespräch mit den Bürgern feststellen konnten.

Jetzt kommt es darauf an, den Bürgern hier und dort in breitem Umfang Gelegenheit zu geben, selbst an den Begegnungen in Potsdam und Bonn teilzunehmen.

Schon im Rahmen des Bonner Sommers wird eine Künstlergruppe aus Potsdam in Bonn auftreten. Umgekehrt werden verschiedene Bonner Delegationen noch in diesem Jahr nach Potsdam reisen.

Die Bonner Sozialdemokraten sind überzeugt, daß mit dieser Städtepartnerschaft ein kleiner weiterer Mosaikstein zum besseren Verständnis der Menschen untereinander, zum Abbau von Vorurteilen und damit zum Frieden geschaffen worden ist.

LKW müssen raus!

"Die Kaufmannstraße wird für den LKW-Verkehr gesperrt." So lautete ein Antrag, den die SPD-Stadtverordneten Horst Bachmann und Dieter Witte in der Bezirksvertretung Bonn eingebracht hatten.

Begründet wurde der Antrag damit, daß einige Tage vorher eine Radfahrerin in dieser Straße von einem LKW überrollt und getötet wurde.

Der tragische Unfall habe gezeigt, daß die Kaufmannstraße, die mitten durch ein Wohngebiet führe, sehr stark vom Schwerverkehr als Verbindung von Poppelsdorf in Richtung Norden in Anspruch genommen wird. Zur Vermeidung ähnlicher Unfälle solle die Straße für den LKW-Verkehr gesperrt werden.

Die Verwaltung sah in ihrer

Stellungnahme keine Notwendigkeit für eine solche Maßnahme. Der LKW-Durchgangsverkehr sei hier kein Problem. Was muß denn eigentlich noch geschehen, bevor etwas für die Verwaltung zum Problem wird. Reicht ein Todesopfer noch nicht?

Und was macht die CDU? Sie schiebt die Sache auf die lange Bank, in dem sie lediglich die Verwaltung beauftragt, eine Prüfung durchzuführen. Sicherheit für die Bürger ist offensichtlich auch hier kein Thema für die CDU!

Rekordhalter Stoltenberg Schulden wie noch nie

Die Bundesregierung steht vor einem finanzpolitischen Scherbenhaufen. Die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Republik, die höchste Zahl der Arbeitslosen, eine gigantische Umverteilung zugunsten der Reichen, das sind die Markenzeichen ihrer Politik. Die Mogelpackung Steuerreform haben die Bürger bald durchschaut. Sie kannten offenbar das Getränk aus dem Norden!

"Pharisäer" heißt ein aus dem Norden Deutschlands stammendes Getränk; die Schwärze des Kaffees macht die kräftige Dosis Hochprozentiges darin unsichtbar, und ein keusches weißes Sahnehäubchen verschließt neugierigen Nasen verräterische Düfte.

So wird nach außen hin Abstinenz und Anstand gezeigt, während es in Wirklichkeit um einen satten Schluck aus der Pulle geht.

Den Namen Pharisäer freilich verdiente nicht das Getränk selbst, es wären seine Erfinder, die sich damit schmücken müßten, nämlich jene, die vor der Wende 1982 über die Haushaltsführung der damaligen sozial-liberalen Koalition lamentierten und wegen der Finanzpolitik der Regierung Schmidt sogar bis vor das Bundesverfassungsgericht zogen.

Brisant genug - die Klage ist immer noch anhängig, aber die



Gerhard Stoltenberg, dem "großen Klaren aus dem Norden", ist es freilich nicht gelungen, seinen geschönten Bundeshaushalt 1988 derartig bedeckt durchs Parlament zu bringen.

Er mußte eine Woche nach dessen Inkrafttreten eine Deckungslücke von 10 Milliarden DM eingestehen, für die ein Nachtragshaushalt fällig wird.

Und selbst die höchste Neuverschuldung einer Bundesregierung seit 1949 wird aller Wahrscheinlichkeit nach, wie der Finanzexperte der SPD Hans Apel vorausschätzt, nicht bei 40 Milliarden DM stehenbleiben.

CDU, ausgewiesen durch ihren Finanzminister Stoltenberg als Rekordschuldenmacher seit Bestehen der Republik, dürfte jetzt kein großes Interesse mehr am Ausgang des Verfahrens haben.

Vor solch schwarzem Hintergrund zeichnet sich das Projekt der sogenannten Steuerreform nicht sonderlich scharf ab.

Angesichts des gefährlichen Anstiegs der Nettokreditaufnahme hält Stoltenberg an Umverteilungsplänen fest, die hohe Einkommen höher machen, beschäftigungspolitisch nutzlos sind und weitere Finanzlasten auf die ohnehin schlechtgestellten Gemeinden abwälzen.

Hans Jochen Vogel bringt es auf den Punkt: "Im Ergebnis werden also schädliche Steuerergänze mit Schulden finanziert." Und das bei ständig wachsenden Arbeitslosenzahlen!

Wie scheinheilig haben Union und FDP versucht, den Wahlbürgern der verstrichenen Landtagswahlen die Finanzierung ihrer Steuererleichterungsversprechen vorzuenthalten. Jetzt soll, bei aller Zerstrittenheit innerhalb der Regierungsparteien, auch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern unvermeidlich werden.

Es würde das Bild dieses treusorgenden Hausvaters, als der der Finanzminister gerne hingestellt wird, vervollständigen, nähme er neben Korn auch noch Kaffee in die Progression.

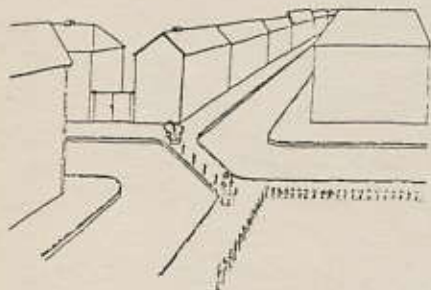
"Die sollen mal etwas schneller denken"

Zu einer Bürgerversammlung hatte die CDU eingeladen. Viel Freude hatte sie nicht daran. Die Bürger wollten endlich Taten sehen und erinnerten an Pläne, die sie vor Jahren zusammen mit der SPD erarbeitet hatten.

"Es wird trotz Tempo 30 immer noch zu schnell gefahren", darin waren sich die anwesenden Kommunalpolitiker von CDU und SPD einig, auch darüber, daß etwas getan werden müsse.

Nur über das wie gab es sehr unterschiedliche Meinungen. Die CDU meinte, man müsse stärker auf die Tempo 30 - Zone hinweisen und vor allem die Kaufmannstraße etwas beruhigen.

Das reichte aber den anwesenden Bürgern bei weitem nicht. Sie wollten keine Einzelmaßnahmen, die bestehende Probleme nur in andere Straßen verdrängen, sie wollten ein Gesamtkonzept für die Verkehrsberuhigung.



Zwei Sperrriegel würden den Verkehr aus dem Viertel heraushalten

Wieder einmal zeigte es sich für die CDU, daß es sich nicht lohnt, mit der Vergeßlichkeit der Bürger zu spekulieren. Zwar hatte die CDU 1980 mitgestimmt, als die Verwaltung vom Rat mit der Erarbeitung eines Konzeptes für die Verkehrsberuhigung in der Weststadt beauftragt wurde, aber das war es dann auch.

Die Bürger waren empört, daß nunmehr schon das achte Jahr ins Land geht, ohne daß etwas geschehen ist. "Die sollen endlich mal etwas schneller denken!" brachte ein Teilnehmer die Stimmung der Bürger auf den Punkt.

Und an noch etwas erinnerte man die CDU-Politiker und die Verwaltung. Fast ebenso lang ist es her, daß Bewohner des Musikerviertels zusammen mit der SPD verschiedene Vorschläge zur Verkehrsberuhigung erarbeitet hatten. In einer Planungsausstellung wurden sie zur Diskussion und in einer Bürgerversammlung zur Abstimmung gestellt. Das Ergebnis war eindeutig: Über 90% entschieden sich dafür, den Durchgangsverkehr durch zwei einfache Sperrriegel zu unterbinden.

"Dieser Wunsch der Bürger wurde doch der Verwaltung mitgeteilt, warum geschieht denn nichts?" fragte ein Bürger und schwenkte eine ältere Ausgabe von ROTKEHLCHEN.

Auch in dieser Versammlung fand der Vorschlag mit den Sperrriegeln wieder starke Unterstützung. Man könne doch die Wir-

kung erst einmal durch Aufstellung von Blumenkübeln oder ähnliche Maßnahmen testen. Das kostete nicht viel und ließe sich, falls die erhoffte Wirkung ausbliebe, einfach wieder ändern.

Vor allem aber, darüber waren sich die Bürger einig, müsse endlich das lange versprochene Konzept her.

Ob die Verwaltung nun endlich beim Denken einen Gang zulegt und ob die CDU endlich gelernt hat, daß man die Bürger nicht jahrelang auf den Arm nehmen kann, wird sich herausstellen. Bisher jedenfalls konnte die Verwaltung noch keinen Termin nennen, zu dem sie das der Bezirksvertretung übrigens schon für Ende 1986 zugesagte Verkehrsberuhigungskonzept Weststadt vorstellen will.

Die SPD wird die 1980 zusammen mit den Bürgern begonnene Arbeit fortsetzen und gemeinsam die weiteren Schritte planen.

Es muß etwas geschehen Sportplatz Vogelsang

Nachdem der Sportpark West in Endenich fertiggestellt und in Betrieb genommen wurde, ist eine andere Sportanlage in unserem Ortsteil anscheinend in Vergessenheit geraten: der Sportplatz am Vogelsang. SPD-Stadtverordneter Horst Bachmann beschreibt die Zustände und erläutert, welche Maßnahmen getroffen werden müssen.

Der Sportplatz Vogelsang befindet sich in einem schlechten Zustand. Das Spielfeld weist vor allem im nordöstlichen Teil erhebliche untergrundbedingte Setzungen auf. Außerdem weicht dieses erheblich von der Normgröße 70 x 109 m ab. Es ist nämlich nur 66 x 100 m groß.

Zur Zeit wird die Sportanlage überwiegend von Betriebs-sportmannschaften genutzt. Sie sind zum Teil froh, daß sie überhaupt eine Sportanlage erhalten haben, die sie ohne allzu große zeitliche Einengungen nutzen können.



Bachmann und Witte vor einer der Nissenhütten, die einmal als Umkleidekabinen gedient haben. Hier muß etwas geschehen!

Die Leichtathletikanlagen sind zur Zeit völlig unbenutzbar. Schlecht sieht es auch um die alten Nissenhütten aus, die früher als Umkleidekabinen dienten. Hier ist eine wilde Müllkippe entstanden.

Andererseits muß dringend etwas zur Sanierung der Anlage getan werden. Nach den Ermittlungen der Verwaltung der Stadt wird eine Sanierung rund 860.000 DM kosten. Dabei ist an einen Ausbau der Sportanlage zu einer

Kampfbahn Typ C gedacht.

Die Endenicher Stadtverordneten Horst Bachmann und Dieter Witte wollen jetzt im Rat die außerplanmäßige Bereitstellung von 50.0000 DM Planungsmitteln beantragen, damit eine Konzeption für die Sanierung des Sportplatzes am Vogelsang unverzüglich erarbeitet wird.

Die Mittel für die Baukosten müßten dann im Haushalt 1989 bereitgestellt werden. Es ist damit zu rechnen, daß dann auch die Landeszuschüsse für diese Baumaßnahme zur Verfügung stehen.

Bachmann und Witte wollen sich auch dafür einsetzen, daß an der Nordwestseite des Platzes ein Ballfanggitter oder zumindest ein Zaun errichtet wird, damit die dort parkenden Autos nicht während des Sportbetriebs beschädigt werden.

Die Leichtathletikanlagen sollen so gestaltet werden, daß sie auch von den Schülern der Eichendorff-Schule mitbenutzt werden können.

Schuhmarkt verursacht Parkchaos

Die Verkehrsverhältnisse in der Von-Wöhs-Straße und der Erich-Hoffmann-Straße sind katastrophal. Das meinte SPD-Stadtverordneter Dieter Witte und zeigte an Ort und Stelle, welche Auswirkungen die Ansiedlung des Schuhmarktes an der Erich-Hoffmann-Straße auf die Umgehung hat.

Einen Parkplatz findet man als Anwohner tagsüber kaum noch, und entsprechende Formen nimmt der Kampf um einen solchen inzwischen an. Sogar mit Schirmen seien Bürgern an Samstagen schon aufeinander losgegangen, berichten Anwohner.



Sämtliche verfügbaren Bürgersteige und Gehwege werden von Kunden des neuen Schuhgroßmarktes zugesperrt. Foto: Goldberg

"Das hat Endenich nicht verdient! Der Schuhmarkt ist ein städtebaulicher Schlag ins Gesicht. Es ist ein Jammer, was die CDU aus Endenich macht!" gibt ein Bürger seinem Ärger Ausdruck und: "Was denken sich eigentlich Stadtplaner, die sich so etwas zusammenfummeln?"

Nun, wie es aussieht, soll in Endenich demnächst noch vielmehr derartiges gefummelt werden.

LIBERALER, VERMUMMT



Gegenüber der Tankstelle neben dem Glasgeschäft lockt ein freies Feld bereits einen neuen Markt. Und auch die andere Seite der Umgehungsstraße rückt ins Blickfeld möglicher Investoren.

Nachdem die CDU gegen den Willen der Bürger und der SPD für das Gelände, auf dem heute eine Gärtnerei und ein Getränkemarkt liegen, einen Bebauungsplan durchgesetzt hat, stellen sich nun die vorhergesagten Folgen ein.

Zwei Märkte wollen sich dort ansiedeln. Endenicher Geschäftsleute und der Einzelhandelsverband warnen davor. Dadurch wird Endenich nicht belebt, sondern erschlagen. Und was machen CDU und Verwaltung? Gegenwärtig führen sie einen großen Eiertanz auf, werden sie doch die Geister, die sie riefen, nicht mehr los.

Welche Konsequenzen sind aus der jetzigen Situation zu ziehen?

Zunächst einmal muß daß Parkchaos durch einschneidende Maßnahmen zugunsten der Anwohner beseitigt werden.

Darüberhinaus müssen alle Planungen verhindert werden, die bereits jetzt erkennbar ähnliche Folgen nach sich ziehen werden.

Noch hat es die CDU nicht geschafft, noch ist Endenich nicht kaputt! Gemeinsam werden sich die Endenicher gegen solche drohenden Planungen und für ihren Ortsteil einsetzen!

Begegnung mit Frauen

(ri) Mit Fragen kultureller und sozialer Isolation und Integration von Ausländerinnen aus der Sicht deutscher wie ausländischer Frauen befaßt sich die Broschüre „Begegnung mit ausländischen Frauen. Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen“, die die Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann, Ilse Ridder, herausgegeben hat.

Die Publikation kann kostenlos beim Landespresse- und Informationsamt, Mannesmannufer 1a, 4 Düsseldorf, bestellt werden. □

Hardtbergbahn

Seit Jahren wird über sie diskutiert, jetzt nimmt sie allmählich Formen an: die neue Nahverkehrslinie vom Bahnhof zum Hardtberg.

Die Verwaltung hat umfangreiche Prüfungsarbeiten über verschiedene Varianten abgeschlossen und legt noch im diesem Monat dem Stadtplanungsausschuß einen Vorschlag für die Realisierung vor.

Grob skizziert, sieht die Streckenführung durch die Weststadt un Endenich so aus:

Nach Süden aus dem Tunnel am Bahnhof ausfahrend, soll es unterirdisch bis in die Endenicher Allee gehen. Dann wird die Bahn über die abgedeckelte Autobahn bis zum Endenicher El und von dort über den Wanderslebring in Richtung Duisdorf führen.

Über die Einzelheiten der Streckenführung, mögliche Varianten und damit verbundene Probleme wird der Stadtplanungsausschuß beraten.

Die SPD wird Sie ausführlich über die Planung unterrichten und Sie um Ihre Meinung dazu bitten.

ROTKEHLCHEN wird in der nächsten Ausgabe detailliert über die für die westlichen Teile der Stadt Bonn wichtige Verkehrsplanung informieren.

Rat und Hilfe

Brauchen Sie Rat oder haben Sie Anregungen und Tips, Ihre Ansprechpartner in Endenich und Weststadt sind:

HORST BACHMANN, Stadtverordneter, Tel: 612220

DIETER WITTE, Stadtverordneter und SPD-Fraktionsvorsitzender, Tel: 623382

GISELA HAAS, Mitglied im Schulausschuß, Tel: 625256



Erscheinungsweise:
Viermal jährlich

Auflage: 7.300
Druck: Eigendruck

Herausgeber:
SPD-Stadtratsfraktion in
Zusammenarbeit mit dem
SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:
Klaus Stöppler (verantw.)
Eva Günther-Berger, Gisela
Haas, Ute Kiltz, Gisela Roth

Redaktionsanschrift:

ROTKEHLCHEN c/o Klaus Stöppler
Weberstraße 55 5300 Bonn 1
Telefon: 225156